

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen aller Mitglieder des OWUS-Thüringen e. V. überbringe ich Euch zur 1. Tagung des 2. Landesparteitages die herzlichsten Grüße.

Allen 2009 gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf allen parlamentarischen Ebenen wünschen wir an dieser Stelle viel Gesundheit, Kraft, Ausdauer, Weitsicht und Weisheit bei der Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben.

Wenn in den kommenden Stunden darüber diskutiert werden soll, wie DIE LINKE zu einer linken Volkspartei entwickelt werden kann, dann muß dabei auch die Frage gestellt werden, wie DIE LINKE sich in wirtschaftspolitischen Fragen künftig verhalten will.

Eine zentrale Rolle hier in Thüringen spielt dabei der Umgang mit Klein- und mittelständischen Unternehmern.

Die Wahlkämpfe dieses Jahres haben gezeigt, dass eine intensive Vertretung kleiner Unternehmer und Selbständiger durch die Parteien nur wenig spürbar war.

Die CDU/FDP-Koalition im Bund gibt sich zwar das Etikett, wirtschaftsfreundlich zu sein. Die konkreten Taten zeigen jedoch, dass damit in erster Linie eine Klientelpolitik für die Großunternehmen gemeint ist.

Alle bisher bekannt gewordenen geplanten Maßnahmen lassen nicht erkennen, dass die Binnennachfrage, die besonders für die Kleinunternehmer überlebenswichtig ist, gestärkt werden soll. Den großzügigen Geschenken an die Großunternehmen und Besserverdiener stehen wenige Almosen an Kleinunternehmer, ArbeitnehmerInnen und Familien gegenüber.

Die aktuell geplanten Steuererleichterungen als Wachstumsförderungsgesetz zu bezeichnen ist ein schlechter Witz. Es zeigt sich dabei, dass man aus der Vergangenheit nichts gelernt hat. Oder haben die Steuergeschenke der letzten Jahre an die Konzerne zu den immer vollmundig versprochenen zusätzlichen Investitionen und Arbeitsplätzen geführt ?

Wenn nun die CDU/SPD-Koalition in Thüringen sich vornimmt aus Thüringen ein Industrieland zu machen, so zeugt dies ebenfalls davon, wie realitätsfern die Damen und Herren sind.

Unsere Thüringer Wirtschaft ist überwiegend geprägt und getragen von Kleinunternehmen. Für diese müssen in erster Linie existenzsichernde Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Schaut man sich die Zusammensetzung der Parlamente an, so wird rasch klar, warum viele wirtschaftspolitische Entscheidungen so stark an der Realität vorbei gehen.

Es sind kaum Unternehmerinnen und Unternehmer mit eigener Geschäftserfahrung in den Parlamenten vertreten – dafür aber umso mehr Beamte, Lehrer und Juristen - ohne diesen Berufsgruppen zu nahe treten zu wollen.

Das sollte uns schon heute mit Blick auf die Kandidatenlisten zu den nächsten Wahlen zu denken geben.

Ein Lichtblick für die Kleinunternehmer ist da die neue Landesregierung in Brandenburg, in der mit Helmut Markov und Ralf Chritoffers als Finanz- bzw. Wirtschaftsminister zwei Mitbegründer von OWUS Berlin – Brandenburg für DIE LINKE in Regierungsverantwortung stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen

Der Politikansatz, vorrangig Geld den einen wegzunehmen und damit öffentliche Beschäftigung zu fördern, reicht für aktive Wirtschaftsförderung allein nicht aus. Ebenso die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 7,50 oder 8,00 EUR.

Es geht u. a. um wirksame Schritte zur Beseitigung der sozialen Ausgrenzung von Kleinunternehmern mit geringem Einkommen.

Es geht um die Frage, was zu tun ist, wenn die Regelungen zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung von Existenzgründern auslaufen.

Es geht um bezahlbare Krankenversicherungsbeiträge für Kleinunternehmer.

Es geht um die Frage, wie mehr Wirtschaftsdemokratie geschaffen werden kann, um das Thema Mitarbeiterbeteiligung.

Es geht um den Abbau bürokratischen Aufwandes insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auch und gerade im Vergaberecht.

Es geht um ein neues Verständnis davon, was bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen – unter Beachtung des EU-Rechts - als wirtschaftlichstes Angebot gelten soll.

Und es geht auch um die Frage, wie künftig die Finanzierung der Kommunen gestaltet werden kann, ohne stur an dem steuerpolitischen Dinosaurier Gewerbesteuer festzuhalten.

Wir brauchen insgesamt eine andere Art des Wirtschaftens, die nicht ausschließlich auf Wachstum setzt.

Zu diesen Themen muß DIE LINKE neue innovative Antworten entwickeln und in der täglichen politischen Arbeit vertreten.

Sie darf hier nicht abwarten, bis die anderen Parteien ihre Konzepte in die Diskussion bringen.

Eine moderne linke Volkspartei muß auch eine Partei für die Wirtschaft sein.

Wir schlagen daher z. B. vor regelmäßig mittelstandspolitische und steuer- und abgabenpolitische Konferenzen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene durchzuführen, UnternehmerInnen stärker in die Erarbeitung von Wirtschaftsgesetzen einzubinden und alle MdL, MdB und MdEP zu verpflichten in ihren Wahlkreisen regelmäßig insbesondere mit den Kleinunternehmern in Kontakt zu treten.

KMU brauchen eine starke Lobby und die kann und muß DIE LINKE sein !

In diesem Sinne will der OWUS-Thüringen e. V. mit Euch gemeinsam für eine moderne linke Volkspartei wirken – aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung.

Gerd Beck